



+++ Pressemitteilung Dienstag, 24.10.2017 +++

Keine Studiengebühren in NRW – Petition jetzt unterschreiben!

Das Wintersemester in Nordrhein-Westfalen beginnt politisch brisant: „[Keine Studiengebühren in NRW](#)“ lautet der unmissverständliche Petitionstitel, mit dem Studierende in Nordrhein-Westfalen das neue Semester einläuten. Ob Köln, Bochum oder Münster, die absolute Mehrheit der Studierendenvertretungen ist entschlossen, die geplanten 1.500 Euro Gebühren pro Semester für Studierende aus nicht-EU-Ländern zu verhindern. Diese seien unsozial, fremdenfeindlich und schädigten letztlich auch das Lernklima deutscher Hochschulen. Bereits jetzt stehen über 25 Organisationen, darunter die Jugend des DGB, ver.di, der IG-Metall sowie der Bundesverband ausländischer Studierender hinter der heute anlaufenden Kampagne, die vom Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren (ABS) koordiniert wird.

Den Auftakt der Kampagne bildet die online-Petition, die sich an alle Abgeordneten des Landtags in NRW richtet (siehe unten). Sie ermöglicht allen Gebührengegnern, in nur wenigen Sekunden mit ihrer Unterschrift ein Zeichen gegen Gebühren zu setzen. Unter dem folgenden Link können sich Privatpersonen genauso wie zivilgesellschaftliche Organisationen eintragen: <https://www.openpetition.de/petition/online/keine-studiengebuehren-in-nrw> Achtung: Die Unterschrift wird erst wirksam, wenn man diese über eine Bestätigungsemail von openpetition autorisiert. Um möglichst viele Unterschriften zu sammeln, rufen wir hiermit dazu auf, zu unterschreiben und den Link über eigene Verteiler sowie im Freundes-, Familien-, Kollegen- und Bekanntenkreis weiterzuverbreiten. Um die Kampagne zu unterstützen, können Organisationen sich an das ABS wenden und/oder einfach über die eigene Website auf die Petition aufmerksam machen. Hierfür kann zum Beispiel der folgende Code eingebunden werden, über den man mit einem Klick zur Petition gelangt: `<div style="width:300px;height:300px;"><script data-timing="async" type="text/javascript" src="https://www.openpetition.de/widget/petition/keine-studiengebuehren-in-nrw"></script></div>` In den Social Media-Kanälen kann auch die angehängte Collage mit den Logos der Erstunterzeichnenden geteilt werden.

Im nächsten Schritt der Kampagne folgt eine [Großdemonstration gegen Studiengebühren am 21.11.2017](#) in Düsseldorf anlässlich einer Anhörung zum Gesetzesentwurf im Ausschuss Kultur und Wissenschaft. Je mehr Unterschriften wir bis dahin gemeinsam sammeln, um damit in die Landtagsdebatte zu gehen, desto besser ist unsere Argumentationsgrundlage, desto stärker können wir gegen Studiengebühren auftreten.

Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren (ABS)

Wöhlertstraße 19 | 10115 Berlin |
Email: presse[at]abs-bund.de | Telefon: 0178-1360870



Anbei der Petitionstext:

Keine Gebühren in NRW!

Wir fordern die Landtagsabgeordneten aller Parteien in Nordrhein-Westfalen dazu auf, sich für ein allgemein gebührenfreies Studium einzusetzen und sich gegen die Diskriminierung internationaler Studierender zu stellen. Weder die finanzielle Situation noch die Herkunft sollte entscheiden, wer studieren kann. Die neue schwarz-gelbe Koalition in Nordrhein-Westfalen plant derzeit Studiengebühren in Höhe von bis zu 1.500 Euro pro Semester für Studierende aus nicht-EU-Ländern. Diese Ungleichbehandlung gegenüber Studierenden aus der EU ist diskriminierend, grundgesetzwidrig und verstößt gegen den UN-Sozialpakt. Internationale Studierende in Deutschland sind bereits jetzt mehrfach finanziell belastet, die geplanten Studiengebühren stellen eine nicht zu verantwortende Zusatz-Belastung für sie dar. Darüber hinaus gefährden sie den internationalen Austausch und die Internationalität des Studiums. Wir Unterzeichnenden sprechen uns deshalb ausdrücklich gegen diese Gebühren aus. Stattdessen treten wir für ein Studium mit vielen Perspektiven und internationalem Flair in NRW ein. Ein gutes Studium lebt von Weltoffenheit.

Studiengebühren sind unsozial

Internationale Studierende haben ohnehin meist ein knappes Budget. Eine zusätzliche Belastung von 250€ pro Monat ist nicht zumutbar. Trotz diverser Ausnahmeregelungen (für bspw. Studierende aus sogenannten „Entwicklungsländern“), die vermeintlich soziale Verträglichkeit gewähren sollen, werden die geplanten Gebühren vielen internationalen Studierenden die Möglichkeit (in Deutschland) zu studieren nehmen. Das für Studiengebühren angeführte Argument der angeblich fehlenden Beteiligung internationaler Studierender am deutschen Sozialsystem, um die Gebühren zu legitimieren, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Mär. Nicht nur bleibt dabei meist unberücksichtigt, dass die Studierenden während ihres Aufenthalts vor Ort bereits diverse Steuern zahlen und das BIP stärken, sondern auch, dass sie einer Studie des "Deutschen Studentenwerks" zufolge im Anschluss an ihr Studium weit häufiger hierbleiben als mitunter behauptet. Auch laut einer weiteren Studie des Deutschen Akademischen Austauschdienst von 2015 bleiben circa die Hälfte aller ausländischen Studierenden im Anschluss an ihr Studium in Deutschland. Für ein weiteres Drittel bildet Bleiben zumindest eine realistische Option, somit bleiben letztlich bis zu fünf Sechstel aller internationalen Studierenden in Deutschland und beteiligen sich an Sozialsystem und Wirtschaft (DAAD 2015, Seite 3). Der Mehraufwand um Zugang zum Studium in Deutschland zu erhalten besteht etwa darin, dass die Betroffenen ein gesperrtes Vermögen von rund 9000 Euro vorhalten und regelmäßig nachweisen müssen (Sperrkonto) sowie Visa- und Sprachkursgebühren zu entrichten haben. Die nun geplanten Studiengebühren stellen für viele einen weiteren, nicht stemmbaren Zusatz-Aufwand dar und könnten ihr Studium hier verhindern. Eine eigenständige Finanzierung der Gebühren durch die Betroffenen wird durch deren fehlenden BAföG-Anspruch und der rigiden Begrenzung der jährlich erlaubten Arbeitstage für nicht-EU-Bürger_innen erschwert.

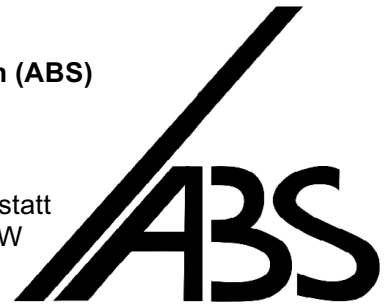
Hürde für internationalen Austausch

Die neuen Studiengebühren führen nicht zur Verbesserung der Studienqualität, sondern vor allem zum Wegbleiben internationaler Studierender. Ein Beispiel bietet die Universität Hohenheim in Baden-Württemberg, wo Bewerbungen internationaler Studierender bereits jetzt um bis zu 43 Prozent zurückgegangen sind. So wird ein wichtiger Aspekt der Studienqualität beschnitten, nämlich die Vielfalt und Internationalität der Hochschulen. Denn internationaler Austausch und tatsächliche Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen sind Voraussetzung für gute Lehre und Forschung. Internationale Studierende tragen auch dazu bei, eurozentrische Perspektiven in Lehre und Forschung aufzulösen. Gemeinsames Lernen, ehrenamtliches Engagement aber auch Freundschaften von Studierenden aller Herkunft ermöglichen es Studierenden, interkulturelle Kompetenz direkt auf dem Campus erlangen – auch deutschen

Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren (ABS)

Wöhlerstraße 19 | 10115 Berlin |

Email: presse[at]abs-bund.de | Telefon: 0178-1360870



Studierenden, denen ein Auslandsaufenthalt nicht möglich ist. Doch anstatt ein vielfältiges Campusleben zu fördern, sollen die Hochschulen in NRW abgeschottet werden. Bürokratieaufbau Studiengebühren können nicht „einfach so miterhoben“ werden, wie es Christian Lindner von der FDP behauptet; es bedarf eigener Gremien und Stellen für die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben. Zusätzlich müssen unzählige ausländerrechtliche Bestimmungen und Ausnahmetatbestände geprüft werden. Verwaltungsaufwand und Einnahmen stehen in einem Missverhältnis, das nicht gerechtfertigt werden kann. Es droht eine unnötige Zusatzbelastung für Verwaltungsangestellte, eine Aufblähung des Verwaltungsapparats und Mittelverschwendung, indem ein großer Teil der Gebühren in deren eigene Verwaltung fließt. Auch aus diesen Gründen stoßen die Gebühren nicht unbedingt auf Zustimmung bei denjenigen, die für ihre Erhebung verantwortlichen gemacht werden sollen, nämlich den Hochschulen.

Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren

Gebrochene Versprechen

Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) forderte noch im März dieses Jahres in einem Landtagsantrag, dass keine Studiengebühren eingeführt werden sollen (Antrag der CDU; Drucksache 16/14404; 16. Wahlperiode). Dabei ist irrelevant, ob er damit allgemeine Studiengebühren oder Studiengebühren für einzelne Gruppen meinte, denn Studiengebühren sind in jeder Form unsozial. Im Programm zur Landtagswahl der CDU hieß es: „Studiengebühren lehnen wir ab.“ (2017, Seite 77) Auch der Koalitionspartner FDP hat die Studiengebühren in einer Landtagsdebatte vor den Wahlen als diskriminierend bezeichnet (Entschließungsantrag, 15.03.2017; Drucksache 16/14392; 16. Wahlperiode).

Menschenrechtsverletzung

Die geplanten Gebühren stehen nicht nur in Konflikt mit dem Grundgesetz, sie verstoßen auch gegen EU-Richtlinien und den Sozialpakt der Vereinten Nationen. Alle drei Rechtsgrundlagen verankern das Gleichstellungsprinzip in bildungsrechtlichen Belangen. Wenn einzelne hingegen eine Sondergebühr zahlen müssen, widerspricht dies den gemeinsam erklärten Zielen und segregiert die Studierenden

Im Namen aller Unterzeichner/innen.

Berlin, 10.10.2017 (aktiv bis 09.04.2018)

PETITION
NEIN
ZU STUDIENGEBÜHREN

Logos and text on the banner include:
- **asta** Hochschule Rhein-Waal
- **asta fh** Allgemeiner Studierenden Ausschuss der Fachhochschule Münster
- **junge GEW NRW**
- **»ASTA«** Fachhochschule Dortmund
- **ASTA** Universität zu Köln
- **ASTA** tu dortmund
- **ASTA** Universität Bonn
- **ASTA** der Deutschen Sporthochschule Köln
- **ASTA** Ruhr-UNI Bochum
- **ASTA** Universität Duisburg-Essen
- **ASTA** Alternative Hochschulgewerkschaft
- **unter_bau**
- **ver di JUGEND NRW**
- **bundesverband ausländischer studierender**
- **I Bezirk NRW**
- **BdWi** Bund Demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler
- **LEPAP/FINKEL ...MEUC/EPN**
- **RWTH AACHEN UNIVERSITY**
- **StuPa** Ruhr-UNI BOCHUM
- **ASTA** Der Hochschule Niederrhein
- **fzs** freier Zusammenschluss von studentInnenschaften
- **LAT-NRW** Landes-Asten-Treffen NORDRHEIN-WESTFALEN
- **NRW DGB**
- **ABS** Aktionsbündnis gegen Bildungs- und Studiengebühren